

http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%

Palästina und-der-Atomstaat-Israel-Teil-15.pdf

Teil 16 vom 17.11.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%>

Palästina und-der-Atomstaat-Israel-Teil-16.pdf

Teil 17 vom 24.11.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%>

Palästina und-der-Atomstaat-Israel-Teil-17.pdf

Teil 18 vom 01.12.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%>

Palästina und-der-Atomstaat-Israel-Teil-18.pdf

Teil 19 vom 08.12.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%>

Palästina und-der-Atomstaat-Israel-Teil-19.pdf

Teil 20 vom 16.12.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%>

Palästina und-der-Atomstaat-Israel-Teil-20.pdf

Teil 21 vom 22.12.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%>

Palästina und-der-Atomstaat-Israel-Teil-21.pdf

Teil 22 vom 29.12.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%>

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der> Palästina und der Atomstaat-Israel-Teil-23.20213.pdf

Palästina und der Atomstaat-Israel-Teil-24.

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina->

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-243.pdf>

Zur Info weitergeleitet.

Mit solidarischen Grüßen - Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

https://t1p.de/impressum_a_und_d

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Gedicht-Neu>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

<https://t1p.de/brokdorfweisserose>

<https://t1p.de/kernfusion-neindanke>

Nachfolgend weitere Berichte als Teil 24:

.) WG: Geschichte des Antisemitismus: Von der Antike bis zur

Documenta, „Der Historiker Sebastian Voigt legt mit „Der Judenhass“ ein gerade jetzt wichtiges Buch vor. Es zeigt die Tradition antisemitischer Judenbilder auf

<https://taz.de/Geschichte-des-Antisemitismus/!5983572/>

.) Baerbock zu Gesprächen in Nahost: Humanitäre Hilfe für Gaza

<https://taz.de/Baerbock-zu-Gespraechen-in-Nahost/!5984013/>

Kaum Zelte und Lebensmittel, Seuchen drohen: Die Lage im Gaza ist katastrophal. Die deutsche Außenministerin wirbt im Nahen Osten für mehr Hilfen.

.) In einem Antrag, den Südafrika vergangene Woche an den Gerichtshof

in Den Haag stellte, wird den Operationen der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) gegen die Hamas »völkermörderischer Charakter« unterstellt, »da sie mit der erforderlichen spezifischen Absicht begangen werden, die Palästinenser in Gaza als Teil der breiteren palästinensischen nationalen, rassistischen und ethnischen Gruppe zu vernichten«.

Israel reagierte auf die Petition und beschuldigte Südafrika der »Blutverleumdung«. Gleichzeitig bestätigte es, einen Vertreter zu entsenden, um das Land bei der ersten Anhörung am 11. Januar gegen die Vorwürfe zu verteidigen. Bisher hat Israel über die Besetzung seines Anwaltskanzleis noch nicht endgültig entschieden, ein Beamter bestätigte gegenüber israelischen Medien jedoch, Premierminister Benjamin Netanjahu ziehe den prominenten US-Anwalt Alan Dershowitz in Betracht.

Ein israelischer Diplomat erklärte am Mittwoch gegenüber Reportern, die gewählten Vertreter würden mögliche Reaktionen prüfen, falls der Internationale Gerichtshof eine einstweilige Verfügung erlässt, in der Israel aufgefordert wird, einen Waffenstillstand einzugehen oder sich speziell mit der humanitären Krise zu befassen. »Ich kann nicht sagen, was wir tun werden, wenn es diese oder jene Entscheidung geben wird, aber wir respektieren den Status [des Gerichts]. Das ist eine Entscheidung, welche die politische Ebene treffen muss, falls es zu einer einstweiligen Verfügung dieser oder jener Art kommen sollte.«

Anschuldigungen lächerlich

Jerusalem erklärt, es bemühe sich, Schaden

von der Zivilbevölkerung abzuwenden, während es eine in der Zivilbevölkerung eingebettete Terrorgruppe bekämpft.

Das von der Hamas geführte Gesundheitsministerium in Gaza erklärte, seit Kriegsbeginn seien mehr als 22.000 Menschen getötet worden, die meisten davon Zivilisten.

Die Fälle vor dem IGH werden von einem Gremium aus allen fünfzehn Richtern des Gerichts verhandelt, wobei beide Parteien selbst je einen Richter für das Gremium benennen dürfen. Die Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen.

Die Verfahren vor dem IGH sind nicht strafrechtlicher Natur; der Beklagte in diesem Fall ist der Staat Israel und kein einzelner Regierungs- oder Militärbeamter. Daher hätte ein Urteil keine strafrechtlichen Folgen für Beamte, könnte aber schwerwiegende diplomatische Auswirkungen in Form möglicher Sanktionen und anderer Maßnahmen nach sich ziehen, welche die Vereinten Nationen und andere internationale Gremien gegen das Land ergreifen könnten.

.) VÖLKERMORD-VORWÜRFE

Warum Südafrika vor den Internationalen Gerichtshof zieht – und was Israel zu befürchten hat

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/internationaler-gerichtshof-suedafrika-israel-voelkermord-klage-100.html>

Der Gaza-Krieg wird nun auch die höchsten UN-Richter beschäftigen. Ausgerechnet Israel wird Völkermord vorgehalten. Ein Beweis dürfte schwierig werden. Aber das hochbrisante Verfahren ist riskant für Israel. Israel muss sich wegen der Angriffe im Gazastreifen erstmals wegen des Vorwurfs des Völkermordes vor dem Internationalen Gerichtshof verantworten. Südafrika hat das Land verklagt. Beide Regierungen werden hochrangige Delegationen in den Friedenspalast in Den Haag schicken. Was wird dort verhandelt? Und was sind mögliche Folgen? Fragen und Antworten zur hochbrisanten Klage.

Was ist der Internationale Gerichtshof?

Der Internationale Gerichtshof ist das höchste Gericht der Vereinten Nationen. Dieses Weltgericht ist nicht zu verwechseln mit dem Internationalen Strafgerichtshof, der sich ebenfalls in Den Haag befindet.

Dieser befasst sich mit individuellen Anklagen, während der UN Gerichtshof über Konflikte zwischen Staaten entscheiden soll. Sowohl Israel als auch Südafrika durften jeweils einen Richter zusätzlich zum permanenten Kollegium von 15 Richtern entsenden. Südafrika vertritt der Richter Dikgang Ernest Moseneke, ein ehemaliger Richter am Obersten Gerichtshof des Landes. Die südafrikanische Delegation wird von Justizminister Ronald Lamoja geleitet. Israel schickt den früheren Richter am Obersten Gerichtshof, Aharon Barak, einen Überlebenden des Holocaust.

Was wirft Südafrika Israel vor?

In der 84 Seiten langen Klageschrift beschreibt Südafrika die Gewalt Israels gegen Palästinenser im Gazastreifen als Taten mit dem Charakter eines Völkermords. Israel töte Palästinenser, "füge ihnen schweren geistigen und körperlichen Schaden zu und schaffe Lebensumstände, die auf ihre physische Zerstörung zielen". Die Rechtsvertreterin Südafrikas, Adila Hassim, sprach von einem "systematischen Muster, das auf Absicht des Völkermordes hinweist."

Südafrika verweist auf die hohe Zahl von mehr als 21.000 Todesopfern im Gazastreifen, die nach Angaben des von der islamistischen Hamas kontrolliert Gesundheitsministeriums inzwischen auf mehr als 23.000 angestiegen ist. Südafrika nennt in seiner Klage zudem israelische Bombenangriffe, erzwungene Flucht, Angriffe auf Krankenhäuser und Geburtskliniken sowie die Blockade des Gebiets, die zu einem Mangel an Nahrungsmitteln und Trinkwasser geführt hat.

Das Land zitiert UN-Experten, Zeugen und Hilfsorganisationen. Auch werden Äußerungen israelischer Minister und Offiziere als Beleg für die Absicht des Völkermords angeführt. So etwa Zitate wie "Wir werden keinen verschonen" oder "Wir werden den Gazastreifen von der Erde ausradieren". Südafrika spricht von "direkter und öffentlicher Anstiftung zum Völkermord". Zitiert werden Drohungen, Gaza unbewohnbar zu machen sowie Forderungen von rechtsextremen Ministern, Palästinenser dauerhaft zu vertreiben. Unter dem Eindruck des Massakers vom 7. Oktober, bei dem Terroristen der Hamas und anderer

Gruppierungen in Israel mehr als 1200 Menschen getötet und rund 250 verschleppten, hatte Verteidigungsminister Joav Galant etwa von "menschlichen Tieren" gesprochen und erklärt: "Wir werden alles auslöschen."

Was ist die Grundlage der Klage?

Südafrika beruft sich auf die UN-Völkermordkonvention. Beide Staaten haben diese Konvention unterzeichnet und sich damit nicht nur verpflichtet, keinen Völkermord zu begehen, sondern auch diesen zu verhindern und zu bestrafen. In der Konvention wird Völkermord definiert als eine Handlung, "die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören".

Israel ist durch diese Beschuldigung im Kern getroffen: Der Staat war schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg als Folge des Völkermordes an den Juden durch die deutschen Nazis gegründet worden.

Der Fall spiegelt nicht

die Realitäten der Situation im Krieg zwischen Israel und der islamistischen Hamas im Gazastreifen wider.

Israel versuche nicht, die Palästinenser im Krieg im Gazastreifen zu vernichten, betonte Becker. "Was Israel mit seinen Operationen im Gazastreifen bezweckt, ist nicht die Vernichtung eines Volkes, sondern der Schutz eines Volkes, seines Volkes, das von mehreren Fronten angegriffen wird."

Wie läuft die Anhörung ab?

Zunächst hat Südafrika seine Klage erläutert. Anschließend hatte Israel die Gelegenheit, zu antworten. Bei der Anhörung geht es zunächst um einen Eilantrag Südafrikas. Es hatte das Gericht aufgefordert, das sofortige Ende der militärischen Handlungen anzuordnen und die Rechte der Palästinenser zu schützen.

Das heißt, dass die UN-Richter jetzt noch nicht feststellen müssten, ob tatsächlich Völkermord verübt wurde. Es würde die Möglichkeit ausreichen, dass die Konvention verletzt wurde. Das ist eine niedrige Schwelle für eine Entscheidung. Aber auch dafür gilt, dass es deutliche Hinweise auf eine Absicht Israels geben muss, die Palästinenser auszulöschen. Dann könnten die Richter Israel theoretisch auferlegen, die Gewalt sofort zu beenden, um weiteren Schaden zu verhindern. Sie könnten auch anordnen, dass Israel mehr humanitäre Hilfe zulassen muss.

Wann ist ein Urteil zu erwarten?

Über den Eilantrag werden die Richter in wenigen Wochen entscheiden. Jeder Spruch ist bindend. Das Gericht hat zwar keine Machtmittel, um die Durchsetzung zu erzwingen. Doch der internationale Druck auf Israel würde sich erhöhen und eine negative Entscheidung könnte dem Ruf des Landes schaden.

Wann wird über die Hauptklage entschieden?

Ein solches Verfahren kann sich über Jahre hinziehen.

Warum klagt ausgerechnet Südafrika?

Jeder Unterzeichnerstaat der Völkermordkonvention kann eine solche Klage einreichen. Südafrika ist ein kräftiger Unterstützer der Rechte der Palästinenser. Das Land vergleicht seine Apartheid-Vergangenheit, also die rassistische Unterdrückung durch eine Regierung der weißen Minderheit, mit dem Umgang Israels mit den Palästinensern. Israel galt in der Vergangenheit zudem als Unterstützer des Apartheid-Regimes, wollte offenbar sogar Atomwaffen an das Land verkaufen. Aufgrund dessen fühlten sich viele Südafrikaner mit den Palästinensern verbunden, wie der Historiker Peter Malcontent der ARD erklärte. Die Kollaboration mit dem Südafrika unter der Apartheid verzeihen bis heute viele in der Regierungspartei ANC, der Partei von Nelson Mandela, Israel nicht. Der ANC und die Palästinenserorganisation PLO pflegten zudem lange gute Beziehungen.

.) Krieg zwischen Hamas und Israel 2023:

https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_in_Israel_und_Gaza_seit_2023

Der Krieg in Israel und Gaza seit 2023 ist der fünfte Krieg im Gaza-Israel Konflikt und ein Teil des umfassenderen israelisch-palästinensischen Konflikts. Auslöser des Kriegs war der Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023. Bei dem von der radikal-islamischen Terrororganisation Hamas vom palästinensischen Autonomiegebiet Gazastreifen aus geführten Angriff auf Israel wurden 1.139 Menschen getötet. Darüber hinaus entführte die Hamas rund 250 Menschen als

Geiseln in den Gazastreifen und beschoss israelische Orte mit tausenden Raketen. Als Reaktion auf den Terrorangriff rief der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu den Kriegszustand in Israel aus und berief ca. 300.000 Reservisten zum Armeedienst ein. In den darauffolgenden Tagen wurden die Terroristen der Hamas im israelischen Grenzgebiet von den Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) bekämpft und in den Gazastreifen zurückgedrängt. Am 10. Oktober 2023 gab die IDF bekannt, dass sie die Militäroperation „Eiserne Schwerter“ starten wird. Noch vor Beginn der Militäroperation griff die israelische Luftwaffe mehr als 10.000 Ziele im dichtbesiedelten Gazastreifen an. Die Israelische Regierung ordnete eine erneute aber verschärfte Blockade des Gazastreifens an. In der Nacht vom 27./28. Oktober 2023 eröffnete die IDF mit der Bodenoffensive im Norden des Gazastreifens die zweite Phase der Militäroperation. Seit Beginn der Kriegshandlungen wurden nach Angaben der Vereinten Nationen über 70 % der Bevölkerung des Gazastreifens zu Binnenvertriebenen. Sowohl die Hamas als auch Israel werden von Menschenrechtsorganisationen und den Sonderberichterstattern der UNO beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Laut Angaben des Gesundheitsministeriums im Gazastreifen sind über 22.000 Palästinenser durch israelische Luftangriffe und andere Kriegshandlungen beider Seiten getötet worden, mehr als zwei Drittel davon Frauen und Minderjährige. Im Westjordanland wurden

Palästinenser durch einige israelische Siedler vertrieben.

Vom Morgen des 24. November 2023 bis zum Morgen des 1. Dezember 2023 gab es eine mehrtägige Waffenruhe, in deren Verlauf in den Gazastreifen verschleppte Geiseln im Gegenzug für palästinensische Gefangene in israelischer Haft ausgetauscht wurden und vermehrt Hilfsgüter in den Gazastreifen geliefert wurden.